

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

- 18. WP -

42. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 13. Juni 2013, 11:15 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Hochwasserschäden in Schleswig-Holstein - Soforthilfe</b>	<b>6</b>
hier: Zustimmung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Ausgabe und Zustimmung zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung	
Vorlage der Landesregierung <a href="#">Umdruck 18/1276</a> (neu)	
<b>2. a) HSH Nordbank AG Erhöhung des Garantievolumens</b>	<b>8</b>
Antrag der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/654</a>	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/1326</a>	
<b>b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!</b>	
Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/726</a> (neu) - 2. Fassung	
<b>c) Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die aktuelle Lage der HSH Nordbank AG</b>	
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/655</a>	
<b>3. Vorbild sein - Steueroasen bekämpfen!</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/806</a>	
<b>Steueroasen bekämpfen - Keine illegalen Steuervorteile für Kunden der HSH Nordbank generieren</b>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/1327</a>	

**4. Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Zensus - Ergebnisse auf die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich** 11

Berichts Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/1254](#)

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/1189](#)

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014** 12

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/820](#)

**Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/816](#)

Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Umdruck 18/1307](#)

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“** 14

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/861](#)

**Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/883](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1311](#)

- 7. Bericht über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms gemäß § 5 Stabilitätsratsgesetz sowie Konsolidierungsbericht für das Jahr 2012 gemäß § 5 Abs. 6 der Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen** 16

Vorlage der Finanzministerin

[Umdruck 18/1124](#)

- 8. Sitzungstermine und Haushaltsberatungen im zweiten Halbjahr 2013** 17

- 9. Information/Kenntnisnahme** 18

[Umdruck 18/1187](#) - IT-Einsatz in der Schulverwaltung

[Umdruck 18/1275](#) - Fortschreibung von Haushaltsdaten

- 10. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf den Strecken des Hamburger Schnellbahnnetzes** 19

Vorlage des Verkehrsministeriums

vertraulicher [Umdruck 18/1262](#)

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 11:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Hochwasserschäden in Schleswig-Holstein - Soforthilfe**

hier: Zustimmung des Finanzausschusses in eine überplanmäßige Ausgabe und Zustimmung zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung

Vorlage der Landesregierung

[Umdruck 18/1276](#) (neu)

Finanzministerin Heinold trägt vor, das Kabinett habe am 11. Juni 2013 beschlossen, zur Unterstützung der durch die Folgen des Hochwassers in Not geratenen Menschen eine Soforthilfe in Höhe von 1 Million € zur Verfügung zu stellen, um schnell und unbürokratisch vor Ort helfen zu können. Außerdem solle heute eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund über die Beteiligung an den Hilfsmaßnahmen abgeschlossen werden. Vorgesehen seien außerdem der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundeswirtschaftsministerium, mit der der Rahmen für die Gewährung der Soforthilfe gesetzt werde, und Steuererleichterungen für Hochwasseropfer.

Der Anteil des Landes an dem geplanten Bund-Länder-Fonds in Höhe von 8 Milliarden € werde sich auf rund 120 Millionen € belaufen und müsse aus dem Landeshaushalt aufgebracht werden. Dafür könnten die 2011 bis 2013 nicht eingeplanten Zensus-Mittel genutzt werden. Im Haushalt 2014 wolle man die Zensus-Mittel in Höhe von 50 Millionen € als globale Mehreinnahme buchen und gleichzeitig 50 Millionen € als globale Mehrausgabe für Infrastruktur einstellen. Zusammen mit Minderausgaben bei den Zinsausgaben sei man auf die 120 Millionen € relativ gut vorbereitet. Die Landesregierung werde dem Landtag voraussichtlich im August einen entsprechenden Nachtragshaushalt vorlegen.

Auf Fragen von Abg. Koch und Dr. Garg erwidert sie, sollte die Soforthilfe von 2 Millionen € nicht ausreichen, werde man kurzfristig erneut an den Finanzausschuss mit der Bitte herantreten, einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe zuzustimmen, um schnell helfen zu können. Der Bund-Länder-Fonds zur Bewältigung von Bauschäden und Wiederaufbau laufe erst später an. Die Zensus-Mittel in Höhe von 50 Millionen € würden weder im Haushalt 2013 noch im Haushalt 2014 zur Finanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassung herangezogen, sondern erst ab 2015.

Abg. Andresen erwartet, dass die Landesregierung, der Kreis Herzogtum-Lauenburg und die Stadt Lauenburg untereinander und mit den Betroffenen ausreichend kommunizierten und die Möglichkeiten der Inanspruchnahme anderer Hilfsfonds, zum Beispiel vonseiten der EU oder der KfW, ausschöpften.

Abg. von Kalben setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Hand den Betroffenen zügig und unbürokratisch helfe, damit die notwendigen Baumaßnahmen vor Einbruch des Winters in Angriff genommen werden könnten.

Ministerin Heinold weist darauf hin, dass der EU-Solidaritätsfonds bei Katastrophen ab einem Schwellenwert von 3 Milliarden € greife. Sie sagt zu, den Finanzausschuss über die Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand für die Flutopfer auf dem Laufenden zu halten.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der überplanmäßigen Ausgabe bis zu 1 Million € als Soforthilfe zur Unterstützung der durch die Folgen des Hochwassers vom Juni 2013 in Not geratenen Menschen zu und nimmt die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zur Kenntnis, [Umdruck 18/1276](#) (neu).

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) HSH Nordbank AG  
Erhöhung des Garantievolumens**

Antrag der Landesregierung

[Drucksache 18/654](#)

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1326](#)

**b) Kein Wertpapierankauf durch den HSH Finanzfonds!**

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/726](#) (neu) - 2. Fassung

(überwiesen am 25. April 2013)

**c) Unterrichtung des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die aktuelle Lage der HSH Nordbank AG**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/655](#)

(überwiesen am 25. April 2013 zur abschließenden Beratung)

Abg. Koch knüpft die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Garantierhöhung für die HSH Nordbank an die Zustimmung der Koalitionsfraktionen zum CDU-Entschließungsantrag [Umdruck 18/1326](#). Besonderen Wert lege die CDU darauf, dass die Landesregierung durch eine beschleunigte Haushaltskonsolidierung rechtzeitig Vorsorge treffe, damit der Steuerzahler durch eine eventuelle Inanspruchnahme der Garantie in den nächsten Jahren nicht belastet werde. Immerhin sei Schleswig-Holstein ein Land mit drohendem Haushaltsnotstand.

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen werben für eine Zustimmung zur geplanten Garantierhöhung, die die Grundvoraussetzung für eine Stabilisierung der HSH sei.

Abg. Schmidt erklärt, er werde sich der Stimme enthalten, weil die Beratungen innerhalb der Piratenfraktion noch nicht abgeschlossen seien und eine Garantierhöhung zwar Vorteile bringe, aber auch mit vielen Unsicherheiten behaftet sei.



Auf eine Frage von Abg. Koch erwidert Finanzstaatssekretär Losse-Müller, zum Kauf von Wertpapieren der HSH gebe es unterschiedliche Bewertungen, inwieweit das Land zusätzliche Risiken eingehen würde. Bei dem Antrag werde nur der Wertpapierankauf durch die finfo ausgeschlossen, der Verkauf von Portfolien der Bank an Dritte stehe nicht zur Disposition.

Abg. Dr. Garg erklärt, nach Abwägung der verschiedenen Risiken werde die FDP der Garantierhöhung aus Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler nicht zustimmen. Bisher seien die Prognosen der Bank, mit denen man sich intensiv auseinandergesetzt habe, nie eingetroffen.

Ministerin Heinold wirbt noch einmal für eine möglichst breite parlamentarische Zustimmung zur Wiedererhöhung der Garantie. Die Garantierhöhung sei die beste und einzig reale Möglichkeit, sehr schnell zur Stabilisierung der Bank beizutragen und ein bedeutendes Signal an den Markt zu geben. Man gehe davon aus, dass die von der Vorgängerregierung errichtete finfo die komplette Last abfedern könne. Die Landesregierung werde den Konsolidierungskurs fortsetzen und die gemeinsam beschlossene Schuldenbremse wie geplant in Zehn-Jahres-Schritten à 10 % umsetzen.

Abg. Koch weist darauf hin, dass die Risiken gravierend zugenommen hätten und seit Kurzem feststehe, dass die Garantie in Anspruch genommen werde, und selbst eine Abwicklung der Bank im Raum stehe. Ein Dialog mit der Opposition über eine Begrenzung der Haushaltsrisiken beziehungsweise eine Beschleunigung der Haushaltskonsolidierung habe nicht stattgefunden.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag der Landesregierung [Drucksache 18/654](#) anzunehmen. Bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt er, den interfraktionellen Antrag [Drucksache 18/726](#) (neu) 2. Fassung ebenfalls anzunehmen. Den Bericht der Landesregierung [Drucksache 18/655](#) nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Vorbild sein - Steueroasen bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/806](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013)

**Steueroasen bekämpfen - Keine illegalen Steuervorteile für Kunden der HSH Nordbank generieren**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1327](#)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag, [Drucksache 18/806](#), abzulehnen und den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/1327](#), anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Auswirkungen der Zensus-Ergebnisse auf die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich**

Berichts Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/1254](#)

Vorlage des Finanzministeriums

[Umdruck 18/1189](#)

Finanzministerin Heinold berichtet über die Auswirkungen des Zensus für Schleswig-Holstein ([Umdruck 18/1189](#)), die bei der Steuerschätzung im November ablesbar würden und im Wesentlichen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet werden sollten. Auf Fragen von Abg. Koch erwidert sie, das Fiskalpaktumsetzungsgesetz sei derzeit Gegenstand der Beratungen im Vermittlungsausschuss; es gehe dabei insbesondere um die Entflechtungsmittel. Zum Umgang mit den Zensus-Daten hätten sich die Finanzminister im Herbst 2012 auf eine Übergangslösung verständigt, um Unwuchten etwas abzufedern.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/1189](#) zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein für die Jahre 2013 und 2014**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/820](#)

**Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein sowie Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/816](#)

(überwiesen am 29. Mai 2013 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1218, 18/1226, 18/1228, 18/1238, 18/1239, 18/1242, 18/1255, 18/1258, 18/1259, 18/1260, 18/1265, 18/1271, 18/1274, 18/1279, 18/1283](#)

Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Umdruck 18/1307](#)

Abg. Koch fragt die Koalition, warum sie die Anwärter ab A 12 und die Versorgungsempfänger von der Einmalzahlung ausnehme, und die Regierung, welche Haushaltsentlastung die zeitlich verzögerte Übernahme des Tarifabschlusses habe.

Ministerin Heinold antwortet unter Hinweis auf [Umdruck 18/1274](#), eine zeitgleiche Übernahme des Tarifabschlusses würde 2013 circa 28 Millionen €, 2014 circa 48 Millionen €, also insgesamt etwa 76 Millionen € mehr kosten. Im Haushalt 2014 würden die Mehrkosten abgebildet. Im Haushalt 2013 würden die Tarif- und Besoldungserhöhungen von insgesamt 55 Millionen € durch die Tarifvorsorgemittel von zusammen 61 Millionen € gedeckt, die für eine zeitgleiche Übernahme für die Beamten allerdings nicht ausreichen. Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung (ohne Begleitpaket) kostete 2014 (ohne Versorgungsrücklage) rund 76 Millionen €.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wird der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/1307](#), angenommen.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung der FDP-Fraktion, [Drucksache 18/820](#), abzulehnen und den Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/816](#), mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/861](#)

**Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/883](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1311](#)

Abg. Dr. Garg weist darauf hin, dass der Haushaltsplan und Änderungen des Haushaltsgesetzes gemäß Artikel 50 Abs. 3 der Landesverfassung von der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden. Insofern sei Artikel 2 des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013 verfassungsrechtlich problematisch.

Frau Harms, Leiterin des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags, erklärt, vorbehaltlich einer genaueren Überprüfung teile sie grundsätzlich die rechtlichen Bedenken.

Abg. Koch begrüßt, dass nun auch die Koalitionsfraktionen zusätzliche Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen wollten. Weil der Weg über den Gesetzentwurf [Drucksache 18/883](#) allerdings haushaltsrechtlich höchst problematisch sei, könnten die Straßenbaumittel im Wege des von der Ministerin ohnehin angekündigten Nachtragshaushalts im August eingestellt werden. Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf, mit dem ein bestehendes Sondervermögen erweitert werde, gewährleiste ein haushaltstechnisch sauberes Vorgehen.

Ministerin Heinold erinnert daran, dass das Parlament im Jahr 2010 mit dem Sondervermögen Kindertagesstätten und im Jahr 2012 mit dem Hochschulsonderfonds selbst initiativ geworden sei und im laufenden Haushalt nachgesteuert habe.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 12:55 bis 13:10 Uhr beschließt der Finanzausschuss, die Beschlussfassung über die Gesetzentwürfe bis zur nächsten Sitzung, am 8. August 2013, zurückzustellen. Er bittet den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags und das Finanzministerium darum, nach einer haushaltsrechtlich korrekten Lösung zu suchen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht über die Umsetzung des Konsolidierungsprogramms gemäß § 5  
Stabilitätsratsgesetz sowie  
Konsolidierungsbericht für das Jahr 2012 gemäß § 5 Abs. 6 der Verwal-  
tungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen**

Vorlage der Finanzministerin

[Umdruck 18/1124](#)

Finanzstaatssekretär Losse-Müller teilt mit, dass der Stabilitätsrat den vorgelegten Sanierungsbericht zur Kenntnis genommen habe. Der Stabilitätsrat begrüße, dass die angekündigten Maßnahmen umgesetzt und die in der Sanierungsvereinbarung festgelegte Obergrenze der Nettokreditaufnahme 2012 mit deutlichem Abstand eingehalten werde. Der Stabilitätsrat weise darauf hin, dass die günstige Entwicklung Schleswig-Holsteins nicht zu einem Nachlassen der Konsolidierungsbemühungen verleiten dürfe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/1124](#) zur Kenntnis.



Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Sitzungstermine und Haushaltsberatungen im zweiten Halbjahr 2013**

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Sitzungstermine, [Umdrucke 18/1246](#), [18/1247](#) und 18/1321, mit der Maßgabe, dass am 29. August 2013 keine Ausschusssitzung stattfindet.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

[Umdruck 18/1187](#) - IT-Einsatz in der Schulverwaltung

[Umdruck 18/1275](#) - Fortschreibung von Haushaltsdaten

Der Ausschuss nimmt die [Umdrucke 18/1187](#) und 18/1275 zur Kenntnis.

Zu [Umdruck 18/1275](#) bittet Abg. Koch das Finanzministerium, die Entwicklung der Planstellen differenzierter darzustellen (analog [Umdruck 17/2933](#)).

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 13:20 Uhr.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen auf den Strecken  
des Hamburger Schnellbahnnetzes**

Vorlage des Verkehrsministeriums  
vertraulicher [Umdruck 18/1262](#)

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3  
GeschO)

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer